infra

Jahresbericht 2025

Der vorliegende Jahresbericht bietet einen umfassenden Einblick in die vielfältigen Aufgaben, Entwicklungen und Herausforderungen im Bereich der Frauenrechte und Gleichstellung. In einem Jahr, das von gesellschaftlichen und politischen Debatten geprägt war, bleibt unser Engagement für Chancengleichheit, Schutz vor Gewalt und die Stärkung von Frauen und Mädchen ungebrochen.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort ... 3
Bericht der Geschäftsführerin ... 4
Kampagne Stopp Sexismus ... 6
Projekte ... 7
integra ... 10
Fristenlösung für Liechtenstein ... 13
Veranstaltungen ... 14
Beratung ... 15
Internationales ... 18
Vernehmlassungen ... 21
Vernetzung ... 22
Finanzen ... 25
Ausblick ... 26
Dank ... 27

Vorwort

Das Jahr 2025 hat uns erneut vor Augen geführt: Finanzielle Bildung und Eigenständigkeit sind für Frauen von zentraler Bedeutung – besonders in Zeiten wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Umbrüche. Wer über finanzielles Wissen und Handlungsspielräume verfügt, kann die eigene Zukunft aktiv gestalten.

Doch die Realität zeigt: Noch immer haben viele Frauen keinen Überblick über die Familienfinanzen oder werden bei langfristigen Entscheidungen nicht ausreichend einbezogen. Diese Erkenntnis unterstreicht, wie wichtig es ist, Themen wie finanzielle Verantwortung, Altersvorsorge und Absicherung kontinuierlich in den Fokus zu rücken.

Mein Engagement im Vorstand der infra gründet auf der Überzeugung, dass Gleichstellung auch eine ökonomische Dimension hat. Finanzielle Unabhängigkeit ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Veränderung entsteht nicht durch Appelle, sondern durch konkrete Angebote, Aufklärung und die Stärkung individueller Kompetenzen.

Mit dem Schwerpunkt «Frau und Finanzen» haben wir 2025 gezielt Frauen darin unterstützt, sich sicherer in finanziellen Fragen zu bewegen, Zusammenhänge zu verstehen und langfristige Entscheidungen eigenverantwortlich zu treffen. Denn Wissen schafft Vertrauen – und Vertrauen schafft Mut. Altersvorsorge und finanzielle Eigenständigkeit sind essenziell für soziale Teilhabe und Sicherheit.

Besonders motivierend ist für mich, wenn Austausch Bewusstsein schafft, wenn Wissen neue Perspektiven eröffnet und wenn Stärkung nicht nur individuell, sondern auch gesellschaftlich wirkt.

Als Vorstandsmitglied der infra sehe ich es als unsere Aufgabe, Verantwortung zu übernehmen, Themen weiterzuentwickeln und Rahmenbedingungen nachhaltig zu verbessern. Wir setzen auf Fakten, fördern den Dialog und begleiten gesellschaftliche Entwicklungen mit dem klaren Ziel, Chancengleichheit auch im finanziellen Bereich zu verankern.

Das Jahr 2025 war geprägt von intensiven Diskussionen, wertvollen Kooperationen und Impulsen, die eines deutlich gemacht haben: Fortschritt entsteht Schritt für Schritt – durch Sachkenntnis, Zusammenarbeit und den festen Willen, gleichberechtigte Teilhabe zu gestalten.

Auch 2026 werden wir uns neuen Fragen und Herausforderungen stellen. Wir freuen uns auf ein weiteres Jahr voller inspirierender Impulse, bereichernder Gespräche und konkreter Schritte, die die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen weiter voranbringen.

Claudia Lins, Vorstandsfrau

Bericht der Geschäftsführerin

Frauenrechte und Gleichstellung unter Druck – international und lokal

Die Diskussion im November-Landtag über das Landesbudget und die dabei abgegebenen Voten einiger Landtagsabgeordneter hat eindrücklich gezeigt, dass fehlende Kenntnisse zu gleichstellungsrechtlichen Fakten zu einer Debatte rund um die Arbeit der infra führten, die so nicht stehen gelassen werden kann. Seit Jahren wird in der Diskussion um den infra-Landesbeitrag die Arbeit der infra mit jener des Vereins für Männerfragen (VfM) verglichen. Einen Tiefpunkt erreichte die Diskussion mit dem Vorschlag, die beiden Beratungsstellen zusammenzulegen.

Es ist offensichtlich, dass der Handlungsbedarf in Bezug auf die Gleichstellung von Frauen und Männern sehr unterschiedlich ist. Ein Blick auf internationale Entwicklungen, wie beispielsweise festgehalten im Global Gender Gap Report des Weltwirtschaftsforums 2024, zeigt, dass es bei der aktuellen Situation noch 134 Jahre braucht, bis die Genderlücke weltweit geschlossen ist. Auch nationale Daten wie der Menschenrechtsbericht 2023 (herausgegeben vom Amt für Auswärtige Angelegenheiten) oder die Gleichstellungsindikatoren 2024 (herausgegeben vom Amt für Statistik), verdeutlichen, dass die faktische Gleichstellung von Mann und Frau noch weit entfernt ist. Eine zu geringe politische und wirtschaftliche Teilhabe von Frauen in Entscheidungsgremien, fehlende Lohngleichheit für gleichwertige Arbeit (2024: 12,3%), eine überdurchschnittliche Betroffenheit von Frauen von Altersarmut und wirtschaftlich schwierigen Situationen sowie die mehrheitliche Zuständigkeit der Frauen für unbezahlte Betreuungsarbeit führen zu finanzieller Abhängigkeit in der Ehe und nach einer Scheidung – über 90% der Alleinerziehenden sind Frauen.

Sexuelle und häusliche Gewalt gegen Frauen

Im Kontext der Arbeit der infra ist besonders der ungleich grössere Handlungsbedarf bezüglich sexueller und häuslicher Gewalt gegen Frauen hervorzuheben, insbesondere wenn man die hohe Dunkelziffer miteinbezieht. Frauen sind in einer ganz anderen Dimension als Männer Opfer häuslicher Gewalt, was sich auch in Liechtenstein zeigt. Die Gleichstellungsindikatoren für 2024 führen im Bereich häuslicher Gewalt 63 Opfer/Beteiligte an, davon 49 Frauen (78%). Der Menschenrechtsbericht listet die Opferhilfefälle von 2023 nach Delikt und Geschlecht differenziert auf: bei Körperverletzung (10 Frauen, 5 Männer), Drohung/Nötigung (9 Frauen, 5 Männer), häuslicher Gewalt (11 Frauen, 0 Männer), sexueller Gewalt (10 Frauen, 0 Männer), beharrlicher Verfolgung/Stalking (3 Frauen, 1 Mann), Vergewaltigung (5 Frauen, 0 Männer). Hier sind Schutz, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit von Organisationen wie der infra unabdingbar. Unsere Zahlen finden Sie auf S. 15.

Entwicklung und Aufgaben der infra

Die infra, als einzige Anlaufstelle für Frauen, wurde 1986 gegründet. Die jahrelange und anfänglich kostenlose Aufbauarbeit durch die Gründerinnen mündete erst nach 15 Jahren, im Jahr 2001, in einer ersten Leistungsvereinbarung, die 2022 überarbeitet und den aktuellen Gegebenheiten angepasst wurde. Zu den ersten Projekten der infra gehörten die Initiierung des Frauenhauses, des Eltern Kind Forums und des Vereins Kindertagesstätten. Mit speziellen Dienstleistungen und Projekten für Migrantinnen (integra und careforum.li) richtet sich die infra inzwischen auch an Migrant*innen. Mit dem Kooperationsprojekt integration.li werden auch Migranten einbezogen.

Beratung und Unterstützung

Infra arbeitet mit unabhängigen Rechtsberaterinnen zusammen, die hochwertige Erstberatung bieten und dabei das Wohl des Kindes in den Mittelpunkt stellen. Es zeigt sich jedoch, dass Frauen nach dieser Erstberatung erneut Unterstützung suchen, insbesondere wenn aus einer zuvor einvernehmlichen Trennung plötzlich eine strittige oder hochstrittige Obsorgeangelegenheit entsteht – oft nach anderweitiger Beratung der Gegenseite.

Komplexe Herausforderungen der Gleichstellungsarbeit

Die Gleichstellungsarbeit ist komplex und vielschichtig und erfordert eine differenzierte Betrachtungsweise. Daten belegen, dass der Handlungsbedarf insbesondere im Bereich der Chancengleichheit, der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und der ökonomischen Absicherung nach wie vor gross ist. Die infra nimmt als etablierte und spezialisierte Anlaufstelle für Frauen eine zentrale Rolle ein, indem sie qualitativ hochwertige Beratungen und gezielte Projekte für Frauen anbietet. Eine Zusammenlegung mit dem Verein VfM würde den unterschiedlichen Bedürfnissen und Herausforderungen nicht gerecht werden und entspricht nicht der gesellschaftlichen Realität.

Rückblick und Ausblick

Das Jahr 2025 stand unter dem Schwerpunkt „Frau und Finanzen“. Die Beratungen zur finanziellen Vorsorge zeigten einen erheblichen Informationsbedarf bei Frauen hinsichtlich ökonomischer Unabhängigkeit und Absicherung im Alter. Es wurden gezielte Informationsveranstaltungen und Einzelberatungen durchgeführt, um Frauen umfassend zu unterstützen. Die gesteigerte Nachfrage zur Altersvorsorge nehmen wir zum Anlass, zum 40-jährigen Jubiläum der infra 2026 eine neue Dienstleistung – die individuelle Vorsorgeberatung – anzubieten.

Laut OECD sind Frauen in Entwicklung und Anwendung von KI unterrepräsentiert, was ihren Einfluss auf Innovationen verringert. Fehlende Vielfalt und weibliche Vorbilder verstärken diese Tendenz. Die infra möchte Barrieren abbauen und Kompetenzen stärken, damit sich mehr Frauen an KI und deren Entwicklung beteiligen. Daher werden 2026 gezielte Workshops für Frauen angeboten.

Team und Vorstand

Die infra freut sich über Verstärkung auf der Geschäftsstelle im Bereich Projekte: Rosaria Michaela Ackermann unterstützt das Team seit dem 1. Dezember. Ebenso begrüssen wir zwei neue Vorstandsfrauen, Claudia Lins und Samra Beso. Damit sind die Ressorts Personal und Integration/Migrantinnen wieder abgedeckt.

Die erfolgreiche Arbeit der infra ist nur im Team möglich. Ich danke den Kolleginnen der Geschäftsstelle Karin Beck, Karin Zürcher und Rosaria M. Ackermann, den Vorstandsfrauen, den Anwältinnen Sabine Mohr-Egger, Martina Altmann, Michaela Beck und Daniela Narr, dem integra-Team und allen Vereinsmitgliedern sowie den unterstützenden Institutionen, Organisationen und Stiftungen herzlich für ihre Unterstützung.

Petra Eichele, Geschäftsführerin

Kein Platz für Sexismus

2021/2022 wurde die überregionale Kampagne «Kein Platz für Sexismus» von der infra initiiert und gemeinsam mit dem aha, dem Fachbereich Chancengleichheit sowie den Gleichstellungsstellen der Kantone SG und AR durchgeführt. Ziel war es, Sexismus im öffentlichen Raum und am Arbeitsplatz sichtbar zu machen und Betroffene zu stärken. Die Kampagne erhielt grosse Unterstützung und viel positives Feedback. Sie soll langfristig weitergeführt werden. Denn die Thematik bedarf einer gesellschaftlichen Veränderung, die nicht kurzfristig zu erreichen ist.

Zivilcourage

Mit einer neuen Kampagne mit dem Fokus Zivilcourage wurde deshalb im vergangenen Sommer das Thema Sexismus wieder aufgegriffen. Die Kampagne knüpfte inhaltlich sowie gestalterisch an die erste an. Sie arbeitete mit beispielhaften Szenen, dieses Mal jedoch nicht mit Statements und Sprüchen, sondern mit Situationsbeschreibungen.

Im Mittelpunkt standen alltägliche Situationen, in denen Menschen mit sexueller, sexistischer oder queerfeindlicher Belästigung konfrontiert sind – ob als Betroffene oder Beobachtende. Die Plakate zeigten Beispiele für solche Szenen und gaben unter dem Motto **„GEHT GAR NICHT! Zeig Zivilcourage“** konkrete Tipps mit dem Verweis auf die Homepage sexismus.li.

Unsere Botschaft: Zivilcourage ist lernbar. Die Kampagne zeigte, wie man Verantwortung übernimmt und verwies auf konkrete Handlungsmöglichkeiten, mit denen Betroffene unterstützt und Übergriffe vermieden werden können.

Die Organisatorinnen der Kampagne für Zivilcourage gegen Sexismus in Liechtenstein Karin Zürcher (infra), Ute Mayer (Amt für Soziale Dienste) und Mirjam Schiffer (aha) mit Regierungsrat Emanuel Schädler.

Projekte

integration.li

Mit der Beratungsstelle integration.li wurde ein wichtiges Anliegen aus dem Integrationsdialog 2022 umgesetzt, nämlich eine Anlaufstelle für die Beratung von Fremdsprachigen und Zugewanderten einzurichten. Die infra und mintegra wurden vom Amt für Soziale Dienste beauftragt, eine gemeinsame Anlaufstelle aufzubauen, da beide Institutionen eine jahrzehntelange Erfahrung im Integrationsbereich vorweisen.

Am 1. Juni 2024 hat die Beratungsstelle ihre Tätigkeit aufgenommen. Sie bietet Sozialberatungen sowie individuelle Begrüssungsgespräche in diversen Sprachen an. Dadurch werden die neuen Einwohner*innen in Liechtenstein willkommen geheissen und über ihre Rechte und Pflichten sowie über das Leben in Liechtenstein informiert. Ebenfalls berät die Stelle bei Themen wie Aufenthalt, Sozialversicherungen oder Arbeit.

Hier geht es zum Jahresbericht von integration.li.

careforum.li ist ein **gemeinsames Projekt** des ArbeitnehmerInnenverbands (LANV), der Informations- und Beratungsstelle für Frauen (infra) und des Vereins für Menschenrechte in Liechtenstein (VMR). Das Projekt stärkt die Rechte der häuslichen 24h-Betreuer*innen in Liechtenstein durch Information, Beratung und Vernetzung.

Seit 2022 bietet careforum.li über eine zentrale Internetplattform niederschwellige Informationen über gesetzliche Grundlagen, gute Praxisbeispiele und Rechte im Arbeitsumfeld der 24h-Betreuung sowie über Beratungs- und Hilfsangebote. Die Plattform ist in Leichter Sprache und mit Übersetzungshilfen zugänglich. Im Berichtsjahr wurden 178 Webseiten-Besuche registriert, davon 7 wiederkehrend. Der grösste Teil, namentlich 99 Besucher*innen, griffen von Liechtenstein aus auf die Seite zu. 29 Besuche wurden aus der Schweiz, 20 aus Österreich und 8 aus Deutschland registriert. 13 weitere Besuche wurden aus den Herkunftsländern der 24h-Betreuer*innen, Ungarn, Slowakei und Rumänien vorgenommen. Seit der Aufschaltung wurden 445 Besuche (Stand Dezember 2025) registriert. Im Berichtsjahr wurden die Inhalte der Webseite hinsichtlich aktueller Entwicklungen und besserer Verständlichkeit überarbeitet.

Neben den allgemeinen Informationen auf der Plattform bietet careforum.li **kostenlose Einzelfallberatung** für Care-Migrant*innen in der 24h-Betreuung an – inklusive Rechtsberatung bei Konflikten. 2025 haben 15 (Vorjahr: 20) Personen aus der 24h-Betreuung die Beratungsangebote genutzt. Die starke Nachfrage verdeutlicht die Notwendigkeit eines Normalarbeitsvertrags. Die durch careforum.li vorgenommenen Beratungen betreffen sowohl finanzielle Themen wie Lohn, Sozialversicherungsabzüge, Verpflegung, Spesen und Entschädigungen als auch organisatorische Themen wie Arbeitszeit, Rufbereitschaft, Freizeit und Ferien. Vereinzelt wurden auch Konflikte und Gewalt thematisiert. Eine besondere Zunahme verzeichnet careforum.li im Berichtsjahr bei den Beratungen aufgrund nicht ausbezahltem Krankentaggeld.

Der neue **Normalarbeitsvertrag für die 24h-Betreuung** wurde in mehreren intensiven Verhandlungsrunden zwischen dem LANV und dem zuständigen Ministerium im Jahr 2024 ausgearbeitet. Eine Vernehmlassung des NAV wurde vom Ministerium zunächst bis zum Regierungswechsel im Frühling 2025 und schliesslich bis im Sommer 2025 in Aussicht gestellt. Nachdem keine Lancierung erfolgte, informierte das Ministerium über weitere Verzögerungen aufgrund Fragen, die in einer internen Konsultation aufgetaucht waren. careforum.li erarbeitete bereits 2024 seine Position zur Vernehmlassung und engagiert sich aktiv für eine zügige Einsetzung des Vertrags und für mehr Rechtsschutz für die 24h-Betreuer*innen.

Die geplanten **Runden Tische** mit Arbeitgebenden (betreute Personen und Agenturen) und Arbeitnehmenden (Care-Migrant*innen) konnten aufgrund des fehlenden NAV weiterhin nicht durchgeführt werden. Jedoch traf sich der LANV mit den drei grössten Personalvermittlungsagenturen der 24h-Betreuung zur Besprechung der vorliegenden Beschwerden und der aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen.

Ausserdem machte careforum.li die breite **Öffentlichkeit** auf die Thematik aufmerksam. Im Mai und Juni veröffentlichte careforum.li eine Inserate-Kampagne in der Landeszeitung. Darin wurden die arbeits- und menschenrechtlichen Problematiken und die persönlichen Herausforderungen der 24h-Betreuung anhand realitätsbezogener Fallbeispiele aus der Beratungspraxis dargestellt. Am 29. Oktober, dem internationalen Care-Day, organisierte careforum.li zusammen mit demenz.li die kostenlose Vernissage des Films «24 Stunden». In der begleitenden Podiumsdiskussion mit Regisseur Harald Friedl fand ein Austausch über die Situation in der 24h-Betreuung statt.

Die Projektträgerinnen von careforum.li zusammen mit demenz.li und dem Regisseur des Films «24 Stunden» an der Vernissage am internationalen Care Day.

Zur nationalen und überregionalen **Vernetzung** traf sich careforum.li mit der der Schweizer Plattform careinfo.ch. Die Trägerorganisationen des careforum.li trafen sich im Berichtsjahr zu drei Sitzungen.

Die **Finanzierung** des Projekts erfolgt durch Eigenleistung (Arbeitsstunden) und private Spenden.

Unser **Dank** geht an die privaten Gönner*innen des Projekts, an unsere Kooperations-Partner*innen und an alle Institutionen und Personen, die sich für eine faire Bezahlung und Behandlung der 24h-Betreuer*innen einsetzen.

integra für Migrantinnen

Beratungen

Im Jahr 2025 haben wir insgesamt 229 Migrantinnen (+ 49 im Vergleich zu 2024) beraten. 90 (+ 45) nicht frauenspezifische Beratungen fanden unter dem Dach von integration.li auf der neuen Beratungsstelle statt. 2 Beratungen kamen über careforum.li zustande.

Wir führten 114 (+1) Einzelberatungen durch, 67 (+27) Beratungen per Mail sowie 48 (-4) telefonische Beratungen. Wir berieten und begleiteten Frauen aus 37 Nationen. In den Einzelberatungen standen Fragestellungen zu familiären und persönlichen Problemen im Vordergrund, daneben solche zu finanziellen Problemen.

Trennung/Scheidung	55
Unterhalt	10
Sorgerecht	6
Ehe/Vermögensrecht	4
Erbrecht	1
Altersvorsorge/Versicherungen	3
Arbeitsrecht	13
Jobsuche/Wiedereinstieg	3
Aufenthaltsrecht	9
Finanzen/Schulden	3
Sonstiges	12
Stalking	1
Häusliche Gewalt	9
Schreibservice	8
Careforum.li	2
Integration.li	90
Total	229

Der **Schreib-Leseservice** unterstützt fremdsprachige Frauen beim Verstehen, Lesen oder Schreiben von amtlichen Briefen, Ausfüllen von Formularen und Erstellen von Bewerbungsunterlagen. Der Schreib-Leseservice wurde 12-mal in Anspruch genommen (Themen: Arbeitsrecht, Sozialversicherungen, Mietbeihilfe, Prämienverbilligung etc.).

infra-integra leistete auch 2025 mit den Einzelberatungen mit Übersetzungshilfe in der Muttersprache einen konkreten und nachhaltigen Integrationsbeitrag und ist für viele Migrantinnen eine wichtige Anlaufstelle.

Seit Juni 2024 bietet die infra Beratungen für Migrantinnen nicht mehr im Rahmen von integra an, sondern neu unter dem Dach der Beratungsstelle integration.li. Einzig die Beratungen zu frauenspezifischen Themen werden weiterhin ausschliesslich durch die infra und in unserer Geschäftsstelle durchgeführt.

Integrationsdialog

Am 23. Oktober 2025 nahm die infra am 4. Integrationsdialog des Ministeriums für Gesellschaft und Justiz teil, das erstmals seinen Fokus auf Kinder und Jugendliche legte. Über 80 Teilnehmende aus verschiedenen Nationen tauschten sich in Workshops zu Sport, Demokratie, Jugendarbeit, schulischer Förderung, früher Kindheit und Informationszugang aus. Regierungsrat Emanuel Schädler betonte die Wichtigkeit von Dialog und Selbstwirksamkeit jedes Kindes und kündigte an, dass die Ergebnisse in die erste Jugendstrategie Liechtensteins einfliessen.

Veranstaltungen

Auch die integra-Veranstaltungen standen unter dem Schwerpunkt «Frau und Finanzen».

Im Februar informierte Andreas Jäger in der **Veranstaltung «Altersvorsorge – AHV»** über die erste Säule, wie sie funktioniert und was Migrantinnen beachten müssen. Wir begrüssten 19 Teilnehmerinnen aus 7 Nationen (Albanien, Italien, Serbien, Deutschland, Spanien, Ukraine und Tibet).

Wie jedes Jahr führte Gabriela Eberle einen **Steuererklärungsworkshop** für Migrantinnen durch. Wir durften 8 Teilnehmerinnen aus 6 Nationen (Bulgarien, Deutschland, Italien, Ungarn, Ukraine, Mexiko) begrüssen.

Der Kurs **integra abc** fand an drei Abenden im Juni statt. Von 12 angemeldeten Frauen haben leider nur 4 Frauen aus 3 Nationen (Ukraine, Tibet und Thailand) teilgenommen. In dieser kleinen Runde konnten sich die Teilnehmerinnen intensiv mit dem Arbeitsmarkt, den notwendigen Bewerbungsunterlagen und dem Vorstellungsgespräch beschäftigen. Es blieb Zeit für viele individuelle Fragen.

Im September fand der Workshop zur **Lohnabrechnung** statt. Lilit Keucheyan vom LANV verstand es, die Lohnabrechnung zu erklären. Anhand von Beispielen lernten die Migrantinnen, wie sich der Lohn zusammensetzt und welche Abzüge üblich sind. Es waren sechs Migrantinnen angemeldet, am Abend selbst sind leider nur zwei ukrainische Frauen erschienen.

Immer öfter melden sich Frauen zu unseren Veranstaltungen an, bleiben dann aber am Abend ohne Abmeldung fern. Das erschwert die Planung erheblich und verursacht zusätzlichen Aufwand und Kosten. Auch andere Bildungsanbieter beobachten diesen Trend. Um diesem Trend entgegenzuwirken, haben wir entschieden in Zukunft mehr Achtsamkeit in die Teilnehmerkommunikation zu legen mit Erinnerungsmails und allfälligen Bearbeitungsgebühren bei Nicht-Erscheinen.

Fristenlösung für Liechtenstein

Seit Jahrzehnten setzt sich die infra für eine Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs ein, weil die Frage des Schwangerschaftsabbruchs zu den zentralen menschenrechtlichen und gleichstellungspolitischen Debatten unserer Zeit gehört. Im Kern geht es um die Anerkennung der reproduktiven Selbstbestimmung von Frauen. Die sogenannte Fristenlösung, die einen straffreien Schwangerschaftsabbruch innerhalb eines bestimmten Zeitraums ermöglicht, ist dabei kein Ausdruck von Beliebigkeit, sondern ein rechtliches Instrument zum Schutz grundlegender Menschenrechte. Sie trägt der Tatsache Rechnung, dass Schwangerschaft und Geburt tief in die körperliche, psychische, soziale und wirtschaftliche Lebensrealität der betroffenen Frau eingreifen. Die Anerkennung eines Rechts auf eine Fristenlösung bedeutet daher, Autonomie, Würde, Gleichberechtigung und Gesundheit als unverzichtbare Bestandteile moderner Menschenrechtsstandards ernst zu nehmen.

Die Initiative zielt darauf ab, das liechtensteinische Strafgesetzbuch (StGB) betreffend Schwangerschaftsabbruch zu reformieren. Der Gesetzesentwurf sieht vor, die bisherigen Strafbestimmungen durch eine Fristenregelung zu ersetzen. Kernpunkt ist die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen innerhalb der ersten drei Monate nach ärztlicher Beratung (CH-Modell), während gleichzeitig der Schutz der Gewissensfreiheit des medizinischen Personals gewährleistet wird. Auch die Information und Beratung betreffend Schwangerschaftsabbruch soll straffrei werden. Bei straflosem Abbruch einer Schwangerschaft nach § 97 des Strafgesetzbuches übernimmt die obligatorische Krankenpflegeversicherung die Kosten für die gleichen Leistungen wie bei Krankheit.

Die infra ist Mitglied im Initiativkomitee für eine Fristenlösung in Liechtenstein. Zusammen mit weiteren Organisationen und engagierten Vertreter*innen aus der Zivilgesellschaft arbeiten wir an einer zeitgemässen, ehrlichen und praxisnahen Regelung. Damit möchten wir mehr Selbstbestimmung, Rechtssicherheit und eine moderne Gesundheitspolitik fördern. Die Initiative wurde am 9. Februar 2026 zur Vorprüfung eingereicht.

Selbstbestimmt.
Informiert.
Straffrei.

Veranstaltungen

Dank der Leistungsvereinbarung mit der Stiftung Erwachsenenbildung, die im Jahr 2026 erneuert und verlängert wird, kann die infra zahlreiche Veranstaltungen zu frauenspezifischen Themen durchführen. Die Themen dieser Veranstaltungen ergeben sich unmittelbar aus den Erfahrungen und Anliegen, die in unseren Beratungen zur Sprache kommen. Alle Veranstaltungen haben ein Ziel: Wir wollen die Autonomie der Frauen festigen, ihr Selbstwertgefühl stärken und sie dazu ermutigen, neue Herausforderungen anzunehmen.

Für Migrantinnen bieten wir darüber hinaus spezielle Informationsveranstaltungen an, bei denen Übersetzungshilfe bereitgestellt wird, um den Zugang zu relevanten Informationen zu erleichtern.

Unsere jährlichen Workshops zur Steuererklärung ermöglichen den Teilnehmerinnen, individuelle Fragen zu klären und die Formulare eigenständig auszufüllen. Im Rahmen des Schwerpunktthemas «Frau und Finanzen» stellen wir sicher, dass Frauen ihre finanzielle Lebensplanung auch bei wechselnden Lebensphasen und niedrigem Einkommen im Blick behalten. Vier Veranstaltungen erläuterten das Drei-Säulen-Modell der Altersvorsorge. Besonderes Augenmerk lag auf Vorsorgelücken, die häufig durch reduzierte Erwerbstätigkeit nach der Geburt eines Kindes entstehen. Im ersten Halbjahr informierten wir umfassend über die AHV und Pensionskasse, im November lag der Fokus auf privaten Anlagestrategien.

Für das kommende Jahr sind Veranstaltungen zu Künstlicher Intelligenz für Frauen sowie Informationsabende zu Konkubinat und zu arbeits- und aufenthaltsrechtlichen Themen für Migrantinnen geplant.

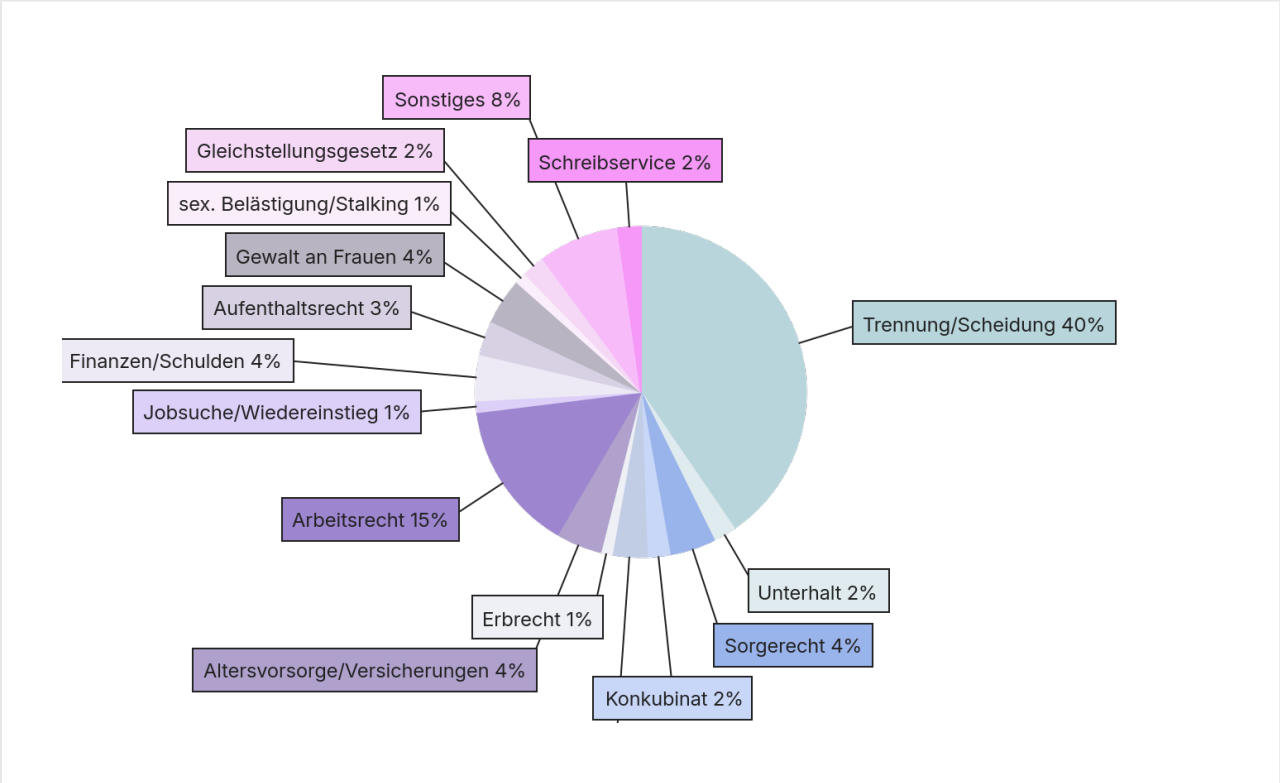
2025 begrüssten wir 116 Teilnehmerinnen an neun Veranstaltungen. Die überaus positiven Rückmeldungen motivieren uns, weiterhin gezielt Veranstaltungen für Frauen anzubieten.

Beratung

«Ich wurde von den Mitarbeiterinnen der infra sehr herzlich, wertschätzend und mit grossem Verständnis für meine Situation beraten und sehr gut auf die Rechtsberatung vorbereitet.»

«Besonders dankbar bin ich, dass sich die Geschäftsstelle die Zeit genommen hat, meine Situation zu prüfen und mich durchgehend zu unterstützen.»

Wir haben 525 Beratungen auf unserer Geschäftsstelle durchgeführt, davon 227 für fremdsprachige Migrantinnen. Sämtliche Beratungen umfassten wieder eine breite Palette an frauenspezifischen Themen. Von den 227 Beratungen für Fremdsprachige fallen 90 Beratungen auf die neue Anlaufstelle integration.li und 2 Beratungen auf die Plattform careforum.li



36% der infra-Beratungen waren zu den Themen Trennung und Scheidung mit allen dazugehörigen Aspekten. Dazu kamen noch 6% Unterhalts- und Obsorge-Themen, welche unabhängig einer Trennungs-/Scheidungsberatung durchgeführt wurden. Knapp 50% der Beratungen waren ein Mix aus allen Lebensbereichen, darunter Themen wie Konkubinat, Aufenthaltsrecht, Arbeitsrecht und Versicherungen, Finanzen und Vorsorge, aber auch Mobbing, sexuelle Belästigung und häusliche Gewalt.

Von den 525 durchgeführten Beratungen waren 251 telefonisch, 73 per E-Mail und 201 persönliche Beratungen bei uns auf der Geschäftsstelle.

Inhaltlich informierten und berieten wir zu folgenden Themen:

Thema	Auskünfte / Beratungen
Trennung/Scheidung	158
Konkubinat	8
Ehe-/Vermögensrecht	12
Erbrecht	5
Finanzen (Unterstützung/ Schulden)	17
Versicherungen/Altersvorsorge	16
Kindes- und Ehegattenunterhalt	51
Sorgerecht (Obsorge)	18
Arbeitsrecht/Mobbing	58
Jobsuche/Wiedereinstieg	4
Sexuelle Belästigung	6
Stalking	1
Gewalt an Frauen	17
Aufenthaltsrecht	13
Gleichstellungsgesetz	9
Schreibservice	8
Sonstiges	32
Anlaufstelle integration.li	90
careforum.li	2
Total	525

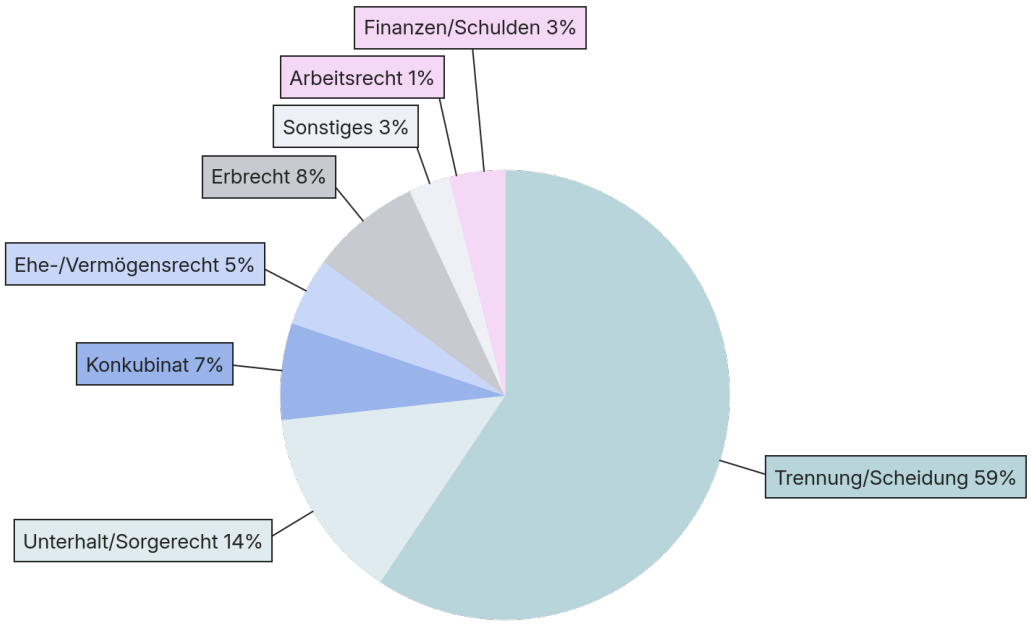
Rechtsberatungen durch infra-Anwältinnen

"Die Rechtsberatung war sehr schnell verfügbar. Die Anwältin erklärte detailliert und empathisch und hat den Ausweg deutlich aufgezeigt.»

«Vielen Dank für Ihre Unterstützung. Ich habe mich von Anfang an willkommen und ernst genommen und verstanden gefühlt.»

Die infra-Anwältinnen führten im Jahr 2025 insgesamt 92 Rechtsberatungen durch, davon zehn Paarberatungen und 24 Beratungen von Migrantinnen. Bei fünf Fällen war häusliche Gewalt ein Thema.

Wir danken unseren Juristinnen Martina Altmann, Michaela Beck, Sabine Mohr-Egger und Daniela Narr für die Unterstützung und die gute Zusammenarbeit.



Internationales

30 Jahre CEDAW (Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau)

Das Übereinkommen wurde 1979 von der UNO verabschiedet. Liechtenstein trat 1995 bei und feierte am 9. Dezember 2025 30 Jahre UNO-Frauenrechtskonvention. An der Jubiläumsveranstaltung in Vaduz wurde klar: Rechtliche Gleichstellung ist erreicht – die tatsächliche Gleichstellung braucht weiterhin klare politische Unterstützung.

Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, alle vier Jahre in einem Länderbericht Rechenschaft über die Umsetzung der Frauenrechtskonvention abzulegen. In der Folge gibt der CEDAW-Ausschuss entsprechende Empfehlungen zur Verbesserung der Umsetzung ab. NGOs wie die infra können mittels eines Schattenberichts zusätzliche Informationen und einen anderen Blickwinkel zu den offiziellen Länderberichten einbringen.

Am 25. Februar wurde der CEDAW-Schattenbericht zum 6. Staatenbericht Liechtensteins der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Schattenbericht wurde von 10 NGOs, darunter auch der infra und dem Verein für Menschenrechte, verfasst. Der Schattenbericht zeigt deutlichen Nachholbedarf bei der Gleichstellung in Liechtenstein. In politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht stagniert der Fortschritt. Die UNO prüft regelmässig die Situation und fordert konkrete Verbesserungen.

Trotz Bemühungen fehlt es an einer klaren Gleichstellungsstrategie, insbesondere bei der Datenerhebung zu Care-Arbeit, Lohnungleichheit und der finanziellen Absicherung von Teilzeitbeschäftigten. Der Bericht empfiehlt eine Geschlechterquote und bessere Unterstützung für Care-Arbeit.

Bei häuslicher Gewalt bestehen Lücken im Gesetz, da nicht alle Gewaltformen strafbar sind. Der Bericht fordert eine rechtliche Definition, eine Gewaltschutzstrategie und Verbesserungen beim Zugang zu Frauenhäusern. Zudem wird die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs und ein besserer Zugang zu entsprechenden Informationen und medizinischen Angeboten gefordert.

Frauenfeindliche Berichterstattung

Im CEDAW-Schattenbericht wurde von unserer Seite Kritik hinsichtlich frauenfeindlicher und diskriminierender Titel geäussert, was zu Rückfragen seitens liechtensteinischer Medienschaffenden führte. Wir beanstandeten, dass in den Medien oftmals zugunsten einer gesteigerten Aufmerksamkeit reisserische Überschriften gewählt werden, wobei klischeehafte, stereotype oder sexistische Formulierungen zum Einsatz kommen.

Zur Veranschaulichung wurden unter anderem Berichte aus einem Kriminalfall sowie Beispiele aus einem liechtensteinischen Krimi herangezogen. Hierbei zeigte sich, dass Geschlechterstereotype reproduziert werden und somit auch Medienschaffende nicht frei von gesellschaftlichen Einflüssen sind. Eine grössere Sensibilität für sexistische Sprachmuster und klischeehafte Darstellungen wäre wünschenswert.

Vaterland online

Aus einer Affäre am Arbeitsplatz wurde ein Vergewaltigungsvorwurf (Abo)

Ein ehemaliger Vorgesetzter im Bereich der öffentlichen Verwaltung wurde gestern vom Kriminalgericht freigesprochen.

03.10.2024

Der reisserische Titel suggeriert, dass die Vorwürfe des Opfers völlig aus der Luft gegriffen sind, dass der „Täter“ das eigentliche Opfer ist. Dem komplexen Sachverhalt dieses Falls wird die Überschrift in keiner Weise gerecht.

NGO-Dialog

Das Amt für Auswärtige Angelegenheiten (AAA) organisiert jährlich einen Dialog mit in Liechtenstein tätigen zivilgesellschaftlichen Organisationen (NGOs) zu aktuellen menschenrechtlichen Themen. Die NGOs diskutierten am 23. Juni 2025 die Frage: "Welche Gemeinsamkeiten bestehen zwischen Menschenrechten und Nachhaltigkeitszielen und wie können diese sich gegenseitig stärken?"

Im Rahmen des Dialogs wurde festgestellt, dass insbesondere die Verknüpfung zwischen Menschenrechten und Nachhaltigkeitszielen grosses Potenzial birgt – Fortschritte in einem Bereich fördern üblicherweise auch Entwicklungen im anderen. Alle Akteur*innen, darunter Privatpersonen, Unternehmen, der Staat und die Zivilgesellschaft, sind aufgefordert, ihren Beitrag zu leisten. Dabei ist es von zentraler Bedeutung, dass ein deutlicher politischer Wille vorhanden ist und die Unterstützung seitens Regierung und Parlament gewährleistet wird. Weltweit sehen sich jedoch Menschenrechtsverteidiger*innen, Klimaaktivist*innen und Personen, die sich für eine faire und nachhaltige Gesellschaft engagieren, zunehmend Gegenwind gegenüber. Es bedarf daher eines gemeinsamen Engagements für zentrale Werte, Umwelt und Gesellschaft.

Istanbul-Konvention

Das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) ist europaweit das erste verbindliche Rechtsinstrument zum umfassenden Schutz vor geschlechtsspezifischer sowie häuslicher Gewalt. Liechtenstein ist seit 2021 Vertragsstaat. Die erste Überprüfung der Umsetzung ergab insbesondere im Bereich der Datenerfassung und der Ressourcen Empfehlungen für Verbesserungen.

GREVIO Basis-Evaluierungsbericht Liechtenstein 2023

Fachaustausch am 25. November 2025

Der diesjährige Fachaustausch widmete sich der Umsetzung der Istanbul-Konvention anhand des Beispiels des Kanton Zürichs. Frau Rahel Ott, Leiterin der Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt Zürich, gab als Fachexpertin Einblicke in Aufgaben, Erfahrungen und Herausforderungen der Fachstelle. Die Teilnehmenden, darunter auch die infra, waren sich einig, dass es für die Umsetzung der Istanbul-Konvention ein umfassendes Gewaltschutzgesetz mit klarer gesetzlicher Grundlage und einer spezialisierten Fachstelle braucht, die personell und finanziell ausreichend ausgestattet ist. Zentrale Ergebnisse sind die verstärkte interdisziplinäre Zusammenarbeit, die systematische Datenerhebung sowie gezielte Schulungen für Fachkräfte aus Bildung, Gesundheit, Soziales und Justiz.

Vernehmlassungen

Die infra äusserte sich in zwei Stellungnahmen zu Vernehmlassungen. Ebenfalls beteiligte sich die infra an der Vernehmlassung zur Gleichstellungsstrategie:

Stellungnahme zum Vernehmlassungsbericht der Regierung betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) und die Abänderung weiterer Gesetze (Motion zur Einführung eines AHV-Beitragschwellenwertes)

Die geplante AHV-Änderung mit einem Beitragsschwellenwert von CHF 3'000 benachteiligt Personen mit mehreren geringfügigen Jobs – überwiegend Frauen. Ihre Einkommen würden nicht mehr in die Rentenberechnung einfliessen, sondern nur noch der Nichterwerbstätigenbeitrag, was im Alter nur zu einer Mindestrente führt. Der Arbeitgeberbeitrag fällt bei Einkommen unter CHF 3'000 gänzlich weg. Mehrfach Geringverdienende bezahlen in Zukunft ihren AHV-Beitrag aus der eigenen Tasche. Zudem verlieren sie Ansprüche auf FAK-Leistungen, Mutterschaftstaggeld, Elternzeit sowie Arbeitslosen-, Kurzarbeits- und Insolvenzentschädigungen. Auch Grenzgänger*innen sind stark betroffen. Die infra fordert daher Anpassungen, um diese Nachteile zu verhindern und die soziale Absicherung sicherzustellen. Hier finden Sie unsere Stellungnahme.

Stellungnahme zum Vernehmlassungsbericht betreffend die Abänderung des Polizeigesetzes (LNR 2025-492)

Infra, das Frauenhaus und das Frauennetz begrüssen die geplante verpflichtende Gewaltberatung für Gefährder*innen als Prävention. Sie kritisieren jedoch, dass diese Beratung nur bei Betretungsverbot gilt und andere Massnahmen wie Wegweisung nicht einbezogen werden. Laut Statistik kommen Schutzmassahmen zu selten zum Einsatz, was die Prävention erschwert. Die Organisationen fordern verbindliche Qualitätsstandards, besser qualifizierte Beratungsstellen und eine Ausweitung des Beratungsangebots, vor allem bei Fällen mit Kindern. Sechs Stunden Mindestberatung reichen ihnen nicht aus. Zudem verlangen sie eine umfassendere Definition häuslicher Gewalt, geschlechtersensible Umsetzung, expliziten Schutz für Schulen und klare Meldefristen für Beratungsstellen. Abschliessend wird eine grundlegende Verbesserung des Gesetzes gefordert, um Opferschutz, Standards und Finanzierung sicherzustellen. Hier finden Sie unsere Stellungnahme.

Gleichstellungsstrategie

Die Mitglieder des «Runden Tisches Gleichstellung», unter anderem auch die infra, begrüssen die partizipative Erarbeitung der Gleichstellungsstrategie Liechtenstein, sehen jedoch Verbesserungsbedarf. Es werden eine bessere wissenschaftliche Fundierung, stärkere Berücksichtigung von Intersektionalität, klar definierte Zuständigkeiten und ausreichende Ressourcen gefordert. Die Strategie soll alle Geschlechter und besonders vulnerable Gruppen einbeziehen. Gewaltschutz soll integraler Bestandteil sein, mit verbindlichen Standards und umfassenden Massnahmen. Auch Lohntransparenz, Frauenquoten und mehr politische Beteiligung werden verlangt. Insgesamt wird eine ambitionierte, verbindliche und inklusive Gleichstellungsstrategie gefordert. Unsere ausführliche Stellungnahme finden Sie hier.

Vernetzung

Die infra schätzt die gute Vernetzung, den regelmässigen Austausch und die freundschaftliche Zusammenarbeit mit vielen Vereinen und Organisationen. Auch auf Projektebene arbeitet die infra mit verschiedenen Institutionen zusammen.

Die infra ist Mitglied im Frauennetz Liechtenstein, dem Verein für Menschenrechte, dem Frauenhaus, der Caritas, der Konferenz Chancengleichheit Ostschweiz und Liechtenstein, dem Verein Bewährungshilfe, dem Verein Demenz.li sowie dem Verein gegen Mädchenbeschneidung Ostschweiz Liechtenstein.

Runder Tisch Gleichstellung

Der jährliche Runde Tisch Gleichstellung fand am 17. November 2025 in der Geschäftsstelle des Vereins für Menschenrechte statt. Organisiert wurde die Veranstaltung vom Verein für Menschenrechte (Leitung), dem Frauennetz sowie dem Verein für Männerfragen und unterstützt vom Fachbereich für Chancengleichheit. Vertreter*innen zahlreicher Organisationen aus dem Gleichstellungs-, Sozial- und Beratungsbereich nahmen teil.

Inhaltlicher Schwerpunkt war der aktuelle Stand der Gleichstellungsstrategie. Diskutiert wurden insbesondere offene Fragen zur Ressourcenplanung, zur konkreten Ausgestaltung der Massnahmen sowie zur öffentlichen Kommunikation der Strategie. Einigkeit bestand darüber, dass die Veröffentlichung von einer breiten Information und fachlichen Auseinandersetzung begleitet werden soll. Ein vertiefender Runder Tisch zur finalen Strategie ist für das Frühjahr 2026 vorgesehen.

Ein weiterer Fokus lag auf der Einführung der Elternzeit ab 2026. Dabei wurde deutlich, dass in der Bevölkerung wie auch bei Arbeitgebenden noch erheblicher Informationsbedarf besteht. Mehrere Organisationen, darunter auch das Frauennetz, planen entsprechende Sensibilisierungs- und Informationsmassnahmen.

Darüber hinaus wurden aktuelle Herausforderungen im Gewaltschutz thematisiert, unter anderem im Zusammenhang mit Obsorgestreitigkeiten, hochstrittigen Elternkonflikten sowie der Situation besonders vulnerabler Gruppen. Auch Fragen der Inklusion, insbesondere die fehlende strukturelle Entlastung von Familien mit Kindern mit Behinderungen, wurden angesprochen. Insgesamt unterstrich der Austausch die Bedeutung einer koordinierten Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und staatlichen Stellen, um bestehende Lücken im Gleichstellungssystem wirksam zu schliessen.

Konferenz Chancengleichheit Ostschweiz und Fürstentum Liechtenstein

Am 30. Oktober 2025 fand die 36. Konferenz Chancengleichheit Ostschweiz und Liechtenstein in Vaduz statt. An der Konferenz nahmen unter anderem das Frauennetz Liechtenstein, die infra sowie das Amt für Soziale Dienste teil. Die Konferenz vereint Fachstellen und Organisationen aus der Ostschweiz und dem Fürstentum Liechtenstein, die sich auf unterschiedlichen Ebenen für Gleichstellung und Chancengleichheit einsetzen.

Im Zentrum der diesjährigen Tagung standen neben dem Erfahrungsaustausch praxisnahe Strategien und Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, neue Zielgruppen zu erreichen und die Sichtbarkeit gleichstellungspolitischer Anliegen zu erhöhen. Die Konferenz bot damit eine wertvolle Plattform zur Vernetzung, zur fachlichen Weiterentwicklung und zur Stärkung der regionalen Zusammenarbeit.

Frauennetz

Das Frauennetz Liechtenstein setzte 2025 inhaltliche Schwerpunkte bei der Einführung der Elternzeit sowie in der Gleichstellungs- und Gewaltschutzpolitik. Es beteiligte sich an der Vernehmlassung zur nationalen Gleichstellungsstrategie und kritisierte insbesondere fehlende wissenschaftliche Grundlagen, unklare Zuständigkeiten und den unzureichenden Einbezug des Gewaltschutzes. Mit dem CEDAW-Schattenbericht stellte das Frauennetz trotz einzelner Fortschritte eine Stagnation der Gleichstellung fest und forderte verbindliche staatliche Massnahmen, unter anderem bei politischer Teilhabe, Lohngleichheit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ein zentrales Anliegen war zudem die Information und Sensibilisierung betroffener Eltern, da die Elternzeit ab 2026 nun endlich umgesetzt wird.

Karin Beck ist als Vertreterin der infra Mitglied im Frauennetz-Vorstand.

Den Frauennetz-Jahresbericht 2025 finden Sie hier.

Vielfalt in der Politik

Der Träger des Projekts Vielfalt in der Politik (kurz ViP) ist der Verein Frauennetz; Petra Eichele ist Mitglied der Projektgruppe. Vielfalt in der Politik im Sinne des Projektes bedeutet: Politik als Abbild der Gesellschaft, Chancengleichheit in einer gelebten Demokratie sowie Werte- und Meinungsvielfalt. Diese Definition von Vielfalt entspricht auch den Überzeugungen der infra.

Die Landtagswahlen 2025 bildeten sowohl den Höhepunkt als auch den Schlusspunkt einer umfangreichen und langen Kampagne von «Vielfalt in der Politik».

Den ViP Abschlussbericht 2025 finden Sie hier.

Finanzen

Bilanz und Erfolgsrechnung

Bilanz per 31.12.2025

Aktiven in CHF	
Kassa	433
Bankguthaben	96'434
Kaution	1'791
Mobiliar	8'552
Computer	9'284
Transitorische Aktiven	5'978
Forderungen	980
Total	123'452

Passiven in CHF	
Transitorische Passiven	27'327
Vereinsvermögen	32'766
Zweckgebundene Fonds	74'776
Verlust 2025	-11'417
Total	123'452

Erfolgsrechnung vom 1.1. bis 31.12.2025

Ertrag in CHF	
Mitgliederbeiträge	11'050
Spenden	29'064
Beitrag des Landes	246'000
Beitrag Stiftung Erwachsenenbildung	9'650
Beitrag Land integration.li	20'220
Verkauf Broschüren	1'140
Sonstige Erträge	3'957
Zuweisung zweckgebundener Fonds	-15'973
Entnahmen zweckgebundener Fonds	0
Total	305'108

Aufwand in CHF	
Personalaufwand	209'793
Diverse Projekte	39'281
Rechtsberatung	12'661
Raum- und Betriebskosten	22'864
Büro- und Verwaltungskosten	25'449
Abschreibungen	5'392
Beiträge, div. Unkosten	1'085
Aufwand	**316'525**
Verlust 2025	-11'417
Total	305'108

Revisionsbericht der Grant Thornton AG herunterladen

Ausblick

40 Jahre infra – save the date

2026 haben wir ein besonderes Jubiläum – die infra wird 40 Jahre alt! Wir feiern diesen besonderen Anlass am **30. Oktober 2026** im Rathaussaal in Vaduz. Auf dem Programm stehen gefilmte Interviews mit den Gründungsfrauen und ein Podiumsgespräch zum Thema *Frauenrechte als Menschenrechte: Herausforderungen durch Antifeminismus für Gesellschaft, Gleichstellung und Demokratie.* Zum Abschluss wird uns die Kabarettistin Lisa Christ unterhalten. Bitte merken Sie sich schon jetzt das Datum vor.

Vorsorgeberatung

Die finanzielle Gleichstellung von Frauen und Männern ist noch lange nicht erreicht. Lohnungleichheit, eingeschränkte Karrierechancen, Teilzeitarbeit und die hohe Belastung an unbezahlter Care-Arbeit wirken sich negativ auf die Altersvorsorge aus. Frauen sorgen zudem nicht ausreichend privat vor – oft wegen mangelndem Wissen oder der Annahme, dafür seien grosse Beträge nötig. Frauen sind daher häufiger als Männer von Altersarmut betroffen.

Die infra wird deshalb in Ergänzung zu den regelmässigen Veranstaltungen im Rahmen von «Frau und Finanzen» im September 2026 ein neues Angebot einführen – **eine individuelle Vorsorgeberatung** für Frauen.

Die Beratungen werden durch unabhängige Vorsorgeberaterinnen in unserer Geschäftsstelle durchgeführt. Diese betrachten gemeinsam mit der Klientin deren finanzielle Situation und die vorhandenen Vorsorgeleistungen und analysieren mögliche Lücken. Die Beratung klärt die Frauen über ihren Einfluss auf ihr Vermögen auf und zeigt ihnen Wege, wie sie Rentenlücken schliessen oder minimieren können.

Mit dem neuen Angebot will die infra die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen stärken. Sie werden dazu befähigt, ihre Altersvorsorge zu optimieren und ihre finanzielle Situation selbstbestimmt und bewusst zu gestalten.

Einführung Elternzeit

Mit Wirkung zum 1. Januar 2026 wird in Liechtenstein erstmalig eine gesetzlich geregelte, bezahlte Elternzeit eingeführt. Jeder Elternteil erhält künftig Anspruch auf vier Monate Elternzeit, davon sind zwei Monate bezahlt mit einem Lohnausgleich bis zu maximal CHF 4’760 Franken. Zusätzlich wurde ein zweiwöchiger bezahlter Vaterschaftsurlaub beschlossen. Es wurden ferner erste gesetzliche Regelungen zur Flexibilisierung der Arbeitszeiten sowie zu Betreuungsansprüchen für Angehörige geschaffen.

Die infra hat sich zusammen mit anderen Organisationen seit Jahren für eine Elternzeit eingesetzt. Mit der Einführung der Elternzeit macht Liechtenstein einen wichtigen Schritt in Richtung moderner Familienpolitik.

Dank

Zusammenarbeit

Wir arbeiteten 2025 mit vielen Amtsstellen, Organisationen, Fachstellen und Einrichtungen zusammen – ihnen allen gelten unser Dank und unsere Wertschätzung:

- **Amt für Soziale Dienste**
- **Amt für Soziale Dienste, Fachbereich Chancengleichheit**
- **Ausländer- und Passamt**
- **Caritas**
- **Ministerium für Gesellschaft**
- **Verein Frauennetz Liechtenstein**
- **LANV Liechtensteinischer ArbeitnehmerInnenverband**
- **Stiftung Mintegra, Buchs**
- **Frauenhaus Liechtenstein**
- **Eltern Kind Forum**
- **Opferhilfestelle**
- **Frauen in guter Verfassung**
- **Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche OSKJ**
- **aha – Tipps und Infos für junge Leute**
- **Verein für Menschenrechte VMR**
- **Stiftung Erwachsenenbildung**

Spenden

Auch im Jahr 2025 waren private Spenden und Unterstützungsbeiträge ein wichtiger Beitrag, um unsere Projekte und Vorhaben verwirklichen zu können. Wir danken folgenden Institutionen herzlich für ihr Engagement:

- **Frauenverein Vaduz Brockensube**
- **Amt für Soziale Dienste, Fachbereich Chancengleichheit**
- **Stiftung Erwachsenenbildung**
- **Zukunftsstiftung der Liechtensteinischen Landesbank**
- **VP Bank Stiftung**
- **Stiftung Fürstl. Kommerzienrat Guido Feger**
- **Karl Mayer Stiftung**
- **Gemeinde Schaan**

Ein Dankeschön gilt auch allen Mitgliedern, die ihren Mitgliederbeitrag aufgerundet haben, und Klientinnen sowie Privaten, die gespendet haben.

Publikationen

Die infra bietet Publikationen für verschiedene Lebenssituationen an.

- Ratgeber Scheidung (CHF 20.-)
- Ratgeber Konkubinat (CHF 10.-)
- Ratgeber Mobbing (CHF 20.-)
- infra spezial Altersvorsorge für Frauen (CHF 10.-)
- infra spezial Aufenthaltsrecht für Migrantinnen
- Leitfaden häusliche Gewalt
- Notfallkarte häusliche Gewalt (erhältlich in Deutsch, Serbisch, Albanisch, Türkisch, Portugiesisch, Italienisch, Spanisch, Englisch)

Die Publikationen sind hier online bestellbar.

Die infra unterstützt Frauen dabei, Lösungen für ihre aktuelle Lebenssituation zu finden. Neben der allgemeinen Beratung durch die Geschäftsstelle bieten wir Rechtsberatungen durch Anwältinnen und Beratungen für Migrantinnen in der Muttersprache an.